

Wirtschaftsstandort Österreich: Maßnahmen gegen Deindustrialisierung gefordert

Kurt Egger betont am 2. April 2025 die Bedeutung einer starken österreichischen Industrie zur Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen.

Österreich, Österreich - Am 2. April 2025 bekräftigte Kurt Egger, der Sprecher für Wirtschaft und Industrie der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die Dringlichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich nachhaltig zu stärken und der Deindustrialisierung entgegenzuwirken. In einer aktuellen Pressemitteilung der ÖVP wird betont, dass die Industrie nicht nur Arbeitsplätze sichert, sondern auch eine essentielle Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat darstellt. Egger, der kürzlich zum Obmann des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie und Energie gewählt wurde, appellierte an alle Parteien, sich für die wirtschaftliche Zukunft des Landes einzusetzen.

Ein gemeinsamer Entschließungsantrag von ÖVP, SPÖ und Neos fordert rasche Maßnahmen zur Stärkung des österreichischen Wirtschaftsstandortes. Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer kündigte in diesem Zusammenhang eine umfassende Industriestrategie an, die neben Arbeitskosten und Fachkräftesicherung auch die Themen Energieversorgung, Forschung, Innovation und Internationalisierung behandelt. Dies unterstreicht die Erkenntnisse des **Ifo-Instituts**, wo die Herausforderungen der Deindustrialisierung im europäischen Raum analysiert werden.

Notwendige Maßnahmen zur Fachkräftesicherung

Ein zentraler Bestandteil der geplanten Strategie ist die Fachkräftestrategie, die eine Qualifizierungsoffensive und eine Stärkung der Lehre und Berufsbildung umfasst. In diesem Rahmen sind verschiedene Maßnahmen angekündigt, darunter die Weiterentwicklung der Berufsbilder, eine Reform der Lehrabschlussprüfung sowie eine Qualitätsinitiative in der Tourismus-Ausbildung. Der Abbau bürokratischer Hürden sowie die Erleichterung von Genehmigungsverfahren stehen ebenfalls auf der Agenda.

ÖVP-Energiesprecherin Tanja Graf forderte zudem eine grundlegende Reform des österreichischen Energiesystems. Geplante Neuerungen wie die Modernisierung des Marktdesigns oder die Aktualisierung des Fördersystems im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) sollen dazu beitragen, Preisstabilität und eine nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten. Dies ist besonders wichtig angesichts der steigenden Energiekosten, die auch andere europäische Länder, wie Deutschland, zu schaffen machen.

Internationale Herausforderungen und der Wettbewerb

Die Studie des Ifo-Instituts deckt außerdem die Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft auf, die derzeit unter massivem Druck steht. Unternehmen wie Thyssenkrupp, Volkswagen, Bosch und Ford müssen Stellen abbauen, was auf eine generell nachlassende Wettbewerbsfähigkeit hinweist. Deutschland ist im IMD World Competitiveness Ranking von 2023 auf den 24. Platz gefallen, nach einem Rückgang von Platz 15 im Jahr 2022. Diese Zahlen verdeutlichen die Herausforderungen, vor denen nicht nur Österreich, sondern ganz Europa steht.

Problematisch ist vor allem der Fachkräftemangel, dem

Prognosen zufolge bis 2027 rund 728.000 fehlende Fachkräfte in Deutschland gegenüberstehen. Auch andere Faktoren wie hohe Energiepreise, marode Infrastruktur und signifikante Bürokratiekosten tragen zur negativen Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit bei. Deutschland gehört im EU-Vergleich zu den Schlusslichtern, weshalb die dringenden Reformen sowohl in Österreich als auch in Deutschland unumgänglich sind, um die industrielle Basis zu sichern.

Dennoch können positive Aspekte wie die Innovationskraft Deutschlands, was sich in hohen Investitionen in Forschung und Entwicklung niederschlägt, den Herausforderungen entgegenwirken. Diese Situation macht deutlich, dass eine gemeinsame europäische Anstrengung nötig ist, um die Wettbewerbsposition im globalen Markt zu verbessern und sowohl den Wohlstand als auch die sozialen Strukturen aufrechtzuerhalten.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Österreich, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.ifo.de • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at